

Naturschutzgebiet statt Schnellstraße

In den 80er Jahren schien das Ende des Tälchens »In der Erbach« im Odenwald bereits besiegelt. Geplant war eine Schnellstraße quer durch die Bildmitte. Doch es kam anders. Mit einer Reihe von Landwirten zog der BUND vor ein Gericht, das die Pläne stoppte. Im Rahmen von Vergleichsverhandlungen wurde vereinbart, das Tälchen als Naturschutzgebiet auszuweisen. Von links: Gerhard Wagner (einer der betroffenen Landwirte) mit Noel Stanton und Wolf Preißner vom BUND Mörlenbach sowie Herwig Winter, Vorstandssprecher des BUND Hessen. www.bund-hessen.de



BUND/Winter

Widerstand

Der Bauzaun im Kopf

Die Diskussion um die Atomenergie zieht sich wie ein roter Faden durch die Geschichte der Umweltbewegung. Infolge der geschickten Verschleierungstaktik der »Atomgemeinde« formierte sich erst Anfang der 70er Jahre ein kompromissloser Widerstand. Einen Scheitelpunkt der Auseinandersetzung markieren die Ereignisse rund um die geplante Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf.

Der Freistaat Bayern, der als Protagonist von Kernenergie und Atompolitik galt, wurde dank dem ersten Bundesatomminister Franz Josef Strauß (und unter Federführung des Siemens-Konzerns) schon Ende der 50er Jahre zum Zentrum der Auseinandersetzungen. Der Standort Ohu bei Landshut war im Süden ein Symbol, wie Brokdorf es im Norden war. 1966 ging der Atommeiler von Gundremmingen, 1977 der von Ohu ans Netz, und Anfang 1981 arbeiteten in der Bundesrepublik bereits zehn Kernkraftwerke.

Die bis heute ungelöste Endlagerfrage für abgebrannte Kernbrennstäbe zwingt die Regierung Kohl am 23. Januar 1985 zu dem Beschluss, eine Wiederaufarbeitungsanlage zu errichten. Dies löst beim BUND und einer breiten Front von Bürgerinitiativen »einen bundesweiten Großalarm gegen den Nuklearfaschismus« aus. Franz Josef Strauß und seine Scharfmacher setzen auf die Staatsgewalt und verwandeln die Oberpfalz als potenziellen WAA-Standort in ein Heerlager von Polizei und Bundesgrenzschutz. Aber der BUND setzt mit Bürgerinitiativen, kirchlichen Gruppen und

Kommunen auf fröhlichen und kreativen Widerstand. Alle christlichen Hochfeste – wie Weihnachten, Aschermittwoch, Ostern, Fronleichnam, Pfingsten oder Silvester – werden von da an am Bauzaun von Wackersdorf gefeiert.

Am 6. März 1986 greift der Konflikt über die Staatsgrenzen: Das österreichische Bundesland Salzburg schließt sich dem Widerstand an. Einem Widerstand, der zur Überraschung der CSU nicht von »Chaoten«, sondern von Rentnern, Frauen, Kindern und wertkonservativen Einheimischen getragen wird. Die Staatsmacht beginnt sich zunehmend lächerlich zu machen. So hängt die bayerische Staatsregierung dem Landrat Hans Schuierer eine Dienstaufsichtsbeschwerde an, weil er an einer »nicht genehmigten Demonstration« im Taxöldener Forst teilgenommen habe – an der Feier zu meinem 50. Geburtstag. Die Geburtstagstorte ist die wohl bestbewachte der Geschichte: zwei Polizeifahrzeuge rahmen sie ein.

Die Schlachten am Bauzaun werden zu Ostern und Pfingsten 1986 immer heftiger. Im Juni kommt es zu

brutalen Polizeieinsätzen mit Hubschraubern, Wasserwerfern, Schlagstöcken und Reizgas. Es herrscht Bürgerkrieg, und wir Redner auf den Kundgebungen haben es schwer, die aufgebracht Menschen von unüberlegten Aktionen abzuhalten.

Bis zu 80000 Demonstranten kommen zu diesen Kundgebungen, die Avantgarde von Musik, Literatur und Kabarett steht der Umweltbewegung zur Seite. Der GAU in der Nacht vom 25. April 1986 in Tschernobyl lässt die Stimmung endgültig kippen: Mein Schlachtruf – »Wackersdorf wird nie gebaut« – beginnt langsam Wirklichkeit zu werden, wenngleich das tatsächliche Aus noch drei Jahre auf sich warten lässt.

Lehren aus Wackersdorf

Was lehrt uns Wackersdorf? Dass, wer im Natur- und Lebensschutz etwas durchsetzen will, einen ganz langen Atem braucht. Und dass auch die Wirtschaft nicht gegen die Bevölkerung investieren und diktieren kann. Zum dritten, dass die Atomenergie auf Dauer weder sozialverträglich noch zukunftsfähig ist – das hat der Krieg zwischen Bürgern und Staatsgewalt am Bauzaun von Wackersdorf gezeigt. Im Sommer 1989 erklärt Bayerns Ministerpräsident Max Streibl den Bau der Wiederaufarbeitungsanlage für gescheitert. Doch viel Misstrauen gegenüber einem Staat, der sich (im Sinne von Friedrich Nietzsche) als »kältestes aller kalten Ungeheuer« gebärdet hatte, bleibt zurück.

Nicht der Staat, nicht die Politik hat damals aus Klugheit oder weiser Einsicht die Atompolitik für gescheitert erklärt. Es war die Wirtschaft, deren Rechnung nicht mehr aufging. Besser wäre es gewesen, die Atomkraftwerker hätten erkannt, dass sich Wirtschafts-

politik auf Dauer nicht gegen das Volk und Geschäfte nicht gegen die Verbraucher machen lassen. Dies gilt auch für das heutige, alt gewordene und nicht mehr konsensfähige Energieregime.

Die Politik sollte aus Wackersdorf lernen, wie jämmerlich sie in der Öffentlichkeit dasteht, wenn sie das Gesetz des Handelns allein wirtschaftlichen Interessengruppen an die Hand gibt und sich zu einer Marionette des Kapitals degradieren lässt.

Eine Frage der Ethik

Wir sollten als größten Gewinn von Wackersdorf ein Stück Zuwachs an Ethik nehmen. Niemand leugnet heute mehr, dass es unmoralisch ist, gegenüber nachfolgenden Generationen Entscheidungen zu treffen, die nicht mehr rückholbar sind und deren zeitliche Folgen nicht überschaubar und schon gar nicht überwachbar sind.

Als ich bei der großen Anhörung zur Wiederaufarbeitung seinerzeit in Neunburg vorm Wald die Frage nach der moralischen Dimension der Atomenergie stellte, kam vom Umweltminister damals die Antwort, dass »Fragen der Ethik und der Moral im Atomgesetz nicht vorgesehen sind«. Es stimmt mich traurig, dass auch im Jahre 2005 einige politisch Verantwortliche ähnlich antworten könnten. Nur so kann ich mir erklären, dass Angela Merkel und Edmund Stoiber in diesen Tagen eine Renaissance der Kernenergie beschwören. Offenbar haben sie noch immer den Bauzaun im Kopf. Stattdessen ist Ausstieg angesagt. Nicht irgendwann, nicht halbherzig, sondern sofort. Rechtzeitig vor dem nächsten GAU.

*Hubert Weinzierl
ist Ehrenvorsitzender
des BUND.*

Hubert Weinzierl



Mecklenburg-Vorpommern



Seadler statt Baggerschaufeln

Eine der schönsten Boddenküsten Rügens ist in Gefahr. Auf 29 ha plant die Firma Heidelberger Zement 5,1 Mio. Tonnen Kies abzubauen – 22 Jahre lang. Betroffen ist die von der EU geschützte vogelreiche Neuendorfer Wiek. Ihre einzige Zufahrt säumt eine der schönsten Alleen Rügens; der Kiestransport würde sie zerstören. Der BUND ringt seit 1994 um das wertvolle Gebiet. Von links: Heike Munse (BUND Rügen) und Corinna Cwielag (Landesgeschäftsführerin) mit Renate Backhaus (Bundesvorstand) und Jürgen Backhaus.

► www.bund.net/mv

Andreas Küstermann